Landeshauptstadt
München

Rathaus Umschau

Freitag, 12. April 2013
Ausgabe 070
muenchen.de/ru

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise **2**
Bürgerangelegenheiten **4**
Meldungen **4**
› Bieterverfahren um GBW-Verkauf: OB Ude legt Beschwerde ein 4
› Glückwünsche für Georg Randlkofer zum 65. Geburtstag 8
› OB Ude gratuliert Dr. Helmut Röschinger zum 70. Geburtstag 9
› Podiumsdiskussion „Was tun gegen Nazi-Gewalt?“ 9
› Neues Integrationsprojekt: „München – meine Stadt. Gut und sicher unterwegs“ 10
› Die Radlhauptstadt-Schultournee ist wieder unterwegs 12
› Fassaden am Neuen Rathaus werden überprüft 12
› Bachauskehr in den Münchner Bächen 12
› Vortrag „Bauen mit Holz“ im Ökologischen Bildungszentrum 13
› GEDOK-Ausstellung „Verständnis – Verständigung – Verbindungen“ 14
› Führung durch die Ausstellung „Typisch München!“ 14
› Öffentliche Stadtrats-Sitzungen der kommenden Woche 14
Antworten auf Stadtratsanfragen **16**
› Verbesserungsmöglichkeiten für MitarbeiterInnen im Jobcenter 16

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat **23**

Herausgeber: Presse- und Informationsamt der Landeshauptstadt München
Verantwortlich für den Inhalt: Stefan Hauf, Druck: Stadtkanzlei, Gemeinsame Anschrift: Rathaus, Marienplatz 8, 80313 München, Telefon 2 33-9 26 00, Telefax 2 33-2 59 53, presseamt@muenchen.de, www.muenchen.de/rathaus

Terminhinweise

Wiederholung
Samstag, 13. April, 20 Uhr,
Prinzregententheater, Prinzregentenplatz 12
Zur Eröffnung des 7. Münchener Aids-Konzerts des Münchener Kammerorchesters (MKO) spricht Kulturreferent Dr. Hans-Georg Küppers. Unter der Leitung von Alexander Liebreich spielt das MKO Werke von Richard Wagner, Wolfgang Amadeus Mozart und Franz Schubert. Solisten sind Christiane Oelze (Sopran), Christoph Prégardien (Tenor) sowie Katia und Marielle Labeque (Klavier). Der Erlös des Benefizkonzerts kommt der Münchner Aids-Hilfe zu Gute. Kartenpreise zwischen 33 und 82 Euro; Jugendkarten kosten 18 Euro. Informationen unter *www.m-k-o.eu*

Wiederholung
Montag, 15. April, 19 Uhr, Rathaus, Großer Sitzungssaal
Bürgermeisterin Christine Strobl spricht beim Stehempfang anlässlich des kurdischen Neujahrs- und Frühlingsfestes Newroz.

Dienstag, 16. April, 10 Uhr, Gasteig, Erdgeschoss Raum 0.125
Die Programmdirektorin der Münchner Volkshochschule, Dr. Susanne May, stellt zusammen mit dem Autor und Texter Karl Armer und mit dem Gestalter Ralph Taubenberger die neue Imagekampagne „Immer wieder denkanstößig!“ der Münchner Volkshochschule vor.

Mittwoch, 17. April, 9.15 Uhr, Burgstraße 4, Besprechungsraum 200
Plenumssitzung des Seniorenbeirats der Landeshauptstadt München. Auf der Tagesordnung steht u.a. das Referat „Vorstellung und Arbeit des Ausländerbeirates der Landeshauptstadt München“ von Nükhet Kivran, Vorsitzende des Ausländerbeirates.

Mittwoch, 17. April, 10.15 Uhr, Passauerstraße 105
Stadtrat Otto Seidl (CSU) gratuliert dem Münchner Bürger Erich Heimes im Namen der Stadt zum 100. Geburtstag.

Mittwoch, 17. April, 11 Uhr,
Baugelände nördlich der SWM Zentrale, Emmy-Noether-Straße 2
Bürgermeisterin Christine Strobl, Dr. Florian Bieberbach, Vorsitzender der SWM Geschäftsführung, und Christoph Dietz, h4a Gessert + Randecker

Architekten, legen gemeinsam den Grundstein für das IT-Rathaus München, das die SWM für die Landeshauptstadt errichten. Im IT-Rathaus wird ab 2014 nahezu die gesamte Informations- und Telekommunikationstechnik der Stadtverwaltung räumlich gebündelt.

Mittwoch, 17. April, 17 Uhr, Saal des Alten Rathauses
Bürgermeisterin Christine Strobl spricht Grußworte bei der Festveranstaltung zur Ehrung von Münchens Jugendbesten im Schulsport 2012. Im Anschluss nimmt Stadtschulrat Rainer Schweppe die Ehrung der elf Schulen und 218 Münchner Schülerinnen und Schüler vor, darunter 26 Athletinnen und Athleten der Bayerischen Landesschule für Körperbehinderte. Geehrt werden auch 36 Betreuerinnen und Betreuer sowie ein Bezirksschulobmann.

Mittwoch, 17. April, 18 Uhr, Referat für Bildung und Sport, Pädagogisches Institut, Herrnstraße 19
Zur Vernissage der Ausstellung „Verständnis – Verständigung – Verbindungen" sprechen Stadtrat Professor Dr. Jörg Hoffmann (FDP) in Vertretung des Oberbürgermeisters, Dr. Heinz Lehmeier, Leiter des Pädagogischen Instituts im Referat für Bildung und Sport, Angelika Schulz, erste Vorsitzende der Gemeinschaft Deutscher und Österreichischer Künstlerinnenvereinbe aller Kunstgattungen (GEDOK) München, und Dr. Rita de Muynck, Fachbeirätin für Bildende Kunst der GEDOK München.
(Siehe auch unter Meldungen)

Mittwoch, 17. April, 19 Uhr, Großer Sitzungssaal des Rathauses
Podiumsdiskussion „Was tun gegen Nazi-Gewalt?". Nach der Begrüßung durch Oberbürgermeister Christian Ude diskutieren Uli Hoeneß, Präsident des FC Bayern München, der Musiker Peter Maffay, der Gründer der Aussteigerinitiative EXIT, Bernd Wagner, Volkstheater-Intendant Christian Stückl, die Autorin Hatice Akyün, Rechtsanwalt Mehmet Gürcan Daimagüler, einer der Vertreter der Nebenkläger im NSU-Prozess, und eine ehemalige Neonazi-Aktivistin. Hans-Ulrich Jörges, Mitglied der Chefredaktion des „stern", übernimmt die Moderation.
Achtung Redaktionen: Um Anmeldungen bis Dienstag, 16. April, per E-Mail an kipper.franziska@ stern.de oder unter Telefon 0 40/37 03-31 55 wird gebeten. Einlass ist ab 18.30 Uhr, ab 18.45 Uhr werden reservierte Plätze wieder freigegeben.
(Siehe auch unter Meldungen)

Bürgerangelegenheiten

Freitag, 19. April, 14 bis 15.30 Uhr,
BA-Geschäftsstelle Mitte, Tal 13 (nicht barrierefrei)
Bürgersprechstunde des Bezirksausschusses 1 (Altstadt - Lehel) mit dem Vorsitzenden Wolfgang Püschel.

Meldungen

Bieterverfahren um GBW-Verkauf: OB Ude legt Beschwerde ein
(12.4.2013) Auf Anraten der Experten von Stadtkämmerei und Referat für Stadtplanung und Bauordnung sowie vom Beratungsunternehmen Deloitte hat Oberbürgermeister Christian Ude gegen die Entscheidung der Bayerischen Landesbank, im Bieterverfahren dem von der Patrizia geführten Konsortium den Zuschlag zu erteilen, Beschwerde bei der EU-Wettbewerbskommission eingelegt.
Oberbürgermeister Christian Ude: „Ministerpräsident Seehofer und Finanzminister Söder scheinen der Ansicht zu sein, dass es dem Freistaat Bayern durch europäisches Recht verboten ist, gemeinsam mit den eigenen Städten dem Verfassungsauftrag der Wohnraumversorgung nachzukommen – das ist natürlich nicht der Fall. Wie wir jetzt durch den Kabinettsbeschluss, die Bayerische Landesstiftung dem Patrizia-Konsortium beitreten zu lassen, erfahren haben, scheinen Ministerpräsident und Finanzminister weiterhin der Meinung zu sein, der Staat dürfe trotz des europäischen Beihilferechts in einem Bieterverfahren einen privaten Bieter bevorzugen und ihm finanzielle Leistungen zukommen lassen. Auch diese Auffassung trifft nicht zu."
Mit der Beschwerde wird nach Ansicht des Oberbürgermeisters sichergestellt, dass das europäische Beihilferecht, das die Staatsregierung in den vergangenen Monaten so oft beschworen habe, auch tatsächlich strikt eingehalten werde. Daran müsse auch der Freistaat ein Interesse haben, wie er häufig genug betont habe. Für die Mieter der GBW AG sei es von vitalem Interesse, nicht ohne Not zum Spielball der Privatisierung zu werden.
Auch wenn der Beitritt der Landesstiftung zum Patrizia-Konsortium noch nicht erfolgt sei, könne man an der Realität eines Kabinettsbeschlusses und der dadurch offenbarten Interessenkollision nicht vorbeigehen. Selbst

wenn der Kabinettsbeschluss nicht vollzogen werden sollte, ändere dies nichts mehr an der Tatsache, dass die Staatsregierung zum Zeitpunkt des Zuschlags zu einem finanziellen Engagement für einen privaten Mitbieter bereit gewesen sei – entgegen beihilferechtlicher Vorschriften!
Außerdem will der Oberbürgermeister dem gemeinsamen Planungs- und Finanzausschuss des Münchner Stadtrats am kommenden Mittwoch vorschlagen, an die Landesbank zu appellieren, die Landeshauptstadt München von der exzessiven Schweigepflicht zu entbinden, nachdem Repräsentanten der Landesbank und der Staatsregierung selber mit „Halbwahrheiten und irreführenden Einschätzungen" gegen die Verschwiegenheitspflicht verstoßen hätten. Die Landeshauptstadt München sei gerne bereit, der Öffentlichkeit darzulegen, warum das ursprüngliche sogenannte „indikative Angebot" nicht in voller Höhe aufrecht erhalten werden konnte und die Gremien die Abgabe eines höheren Angebots juristisch zwingend unterbunden haben.
Hier der Wortlaut des Schreibens an EU-Kommisar Joaquín Almunia:
„Sehr geehrter Herr Kommissar Almunia,
erlauben Sie mir zunächst, mich nochmals für das konstruktive Arbeitsgespräch am 9.4.2013 in Brüssel zu bedanken, in dessen Rahmen bereits das Bieterverfahren zur Veräußerung der Aktienanteile der Bayerischen Landesbank an der GBW AG als ein Tagesordnungspunkt thematisiert wurde.
Aufgrund aktueller Entwicklungen ist es nunmehr angezeigt, dass ich in meiner Eigenschaft als gesetzlicher Vertreter der Landeshauptstadt München (Mehrheitsgesellschafterin der WIN-B Wohnen in Bayern Verwaltungs GmbH (72,5 %) sowie der WIN-B Wohnen in Bayern GmbH & Co. KG (62,6%), welche wiederum alleinige Gesellschafterin der WIN-B Wohnen in Bayern Finance GmbH ist, die das verbindliche Angebot im Bieterverfahren GBW AG eingereicht hat)

Beschwerde

gegen die Zuschlagsentscheidung im Bieterverfahren der Bayerischen Landesbank in Sachen GBW AG einlege.
Die erforderlichen formellen Unterlagen sowie weitere Begründungen sollen zu gegebener Zeit nachgereicht werden.
Diese Beschwerde begründet sich zunächst wie folgt:

1. Sachverhalt

Am 15.10.2012 hat die Bayerische Landesbank das öffentliche Bieterverfahren für den Verkauf ihres rund 92-prozentigen Aktienanteils an der GBW AG eröffnet. Das Interesse an der Teilnahme am Bieterverfahren durch das kommunale Konsortium hat die damalige WIN-B Wohnen in Bayern GmbH fristgerecht bekundet. In den folgenden Monaten wurde

der Aufbau einer Gesellschaftsstruktur des kommunalen Bieterkonsortiums sowie das detaillierte Vorgehen im Bieterverfahren um den Aktienanteil an der GBW AG beschlossen.
Fristgerecht gab das kommunale Konsortium das indikative Angebot ab. Nach Auswertung der Ergebnisse der Due Diligence wurde ein verbindliches Angebot des kommunalen Konsortiums erarbeitet und beschlossen, welches auch fristgemäß abgegeben wurde. Gleichzeitig wurde der parallel ausgehandelte finale Aktienkaufvertragsentwurf eingereicht.
Mit Benachrichtigung vom 8.4.2013 wurde dem kommunalen Konsortium mitgeteilt, dass der Zuschlag im Bieterverfahren an einen anderen Mitbewerber mit einem wirtschaftlich attraktiveren Angebot erteilt wurde.
Nur einen Tag später, am 9.4.2013, hat der Bayerische Staatsminister der Finanzen, Herr Dr. Markus Söder, laut einer dpa-Meldung verkündet (Anlage 1), dass sich der Freistaat Bayern an dem von der PATRIZA AG geführten Investorenkonsortium, welches im Bieterverfahren den Zuschlag erhalten hat, mit einer Summe von 50 Millionen Euro beteiligen wird.
Aufgrund dieser geschilderten Tatsachen bin ich überzeugt, dass die ***Zuschlagsentscheidung*** *im Bieterverfahren GBW AG an das von der PATRIZIA AG geführte Investorenkonsortium* ***nicht rechtmäßig*** *ergangen ist. Die Unrechtmäßigkeit dieser Entscheidung ergibt sich unter anderem aus folgenden Überlegungen:*

2. Unzulässiges Insichgeschäft

Es steht schon in Frage, ob die Entscheidung über den Zuschlag vom Ansatz her diskriminierungsfrei ergehen konnte:
Es besteht ***Personenidentität*** *zwischen der Entscheidungsebene über den Zuschlag im Bieterverfahren sowie auf der Investorenseite, die den Zuschlag erhalten hat.*
Der Bayerische Staatsminister der Finanzen, Herr Dr. Markus Söder, ist Vorsitzender des Verwaltungsrates der Bayerischen Landesbank und war damit auch faktisch und rechtlich ganz maßgeblich an der Zuschlagsentscheidung beteiligt.
Gleichzeitig ist er auch stellvertretender Vorsitzender des Stiftungsrates der Bayerischen Landesstiftung, die sich nach oben genannten und in der Anlage beigefügten Medienberichten in Höhe von 50 Millionen Euro an der Finanzierung des dem Zuschlag zugrunde liegenden Geschäfts beteiligen wird. Nach der Lebenserfahrung muss diese Beteiligung von der Bayerischen Landesstiftung schon ***vor*** *der Zuschlagserteilung im Bieterverfahren ins Auge gefasst worden sein.*
Staatsminister Dr. Markus Söder hat somit gleichsam den Zuschlag „an sich selber" erteilt und diese Tatsache verborgen. Wäre der Freistaat bei-

spielsweise offen als Bieter aufgetreten, hätte sein Repräsentant nicht gleichzeitig auf der Verkäuferseite direkten Einfluss ausüben dürfen.

3. Diskriminierung des kommunalen Konsortiums im Bieterverfahren

Unabhängig von der Frage, ob die Gewährung von 50 Millionen Euro sowie die Beteiligung an einem Share Deal vom sozial und kulturell geprägten Stiftungszweck der Bayerischen Landesstiftung bei dem auf Käuferseite zugrundeliegenden Geschäftsmodell überhaupt gedeckt ist, sehe ich hierin eine ***eklatante, entscheidungserhebliche Ungleichbehandlung****, indem diese Summe nur einem der Teilnehmer des Bieterverfahrens angeboten wurde, den übrigen Bietern offensichtlich nicht.*

Ich kann nur für das kommunale Konsortium sprechen und bestätigen, dass dieses kein solches Angebot des Freistaates Bayern erhalten hat. Ich habe bereits zusammen mit meinen Amtskollegen aus Nürnberg und Erlangen, Herrn Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly und Herrn Oberbürgermeister Dr. Siegfried Balleis, mit Schreiben vom 16.8.2012 (Anlage 2) die Bayerische Staatsregierung in Person des Herrn Ministerpräsidenten Horst Seehofer aufgefordert, gemeinsam mit den Kommunen in einem kommunalen Konsortium am Bieterverfahren teilzunehmen. Leider hat das kommunale Konsortium auf dieses Schreiben bis zum heutigen Tag keine schriftliche Rückmeldung erhalten, bei einem Gespräch am 10.10.2012 in der Staatskanzlei wurde keine Beteiligung in Aussicht gestellt.

Es stellt sich zudem die Frage, ob die Beteiligung der Landesstiftung bereits im veröffentlichten Kaufpreis des von der PATRIZIA AG geführten Investorenkonsortiums eingepreist war und ob diese Beteiligung auch rechtlich zulässig berücksichtigt werden durfte. Andernfalls stellt sich die Frage, ob diese Beteiligung rechtlich nach Zuschlag kaufpreiserhöhend berücksichtigt werden kann. In diesem Falle würde einem Bieter die einseitige Nachbesserung des Kaufpreises zugestanden. Auch diese Tatsachen führen zu einer Ungleichbehandlung des kommunalen Konsortiums mit der von der PATRIZIA AG geführten Investorengruppe.

4. Begünstigung eines anderen Bieters

Durch die vom Bayerischen Staat an die Mitglieder des von der PATRIZIA AG geführten Investorenkonsortiums fließenden 50 Millionen Euro vermindert sich deren finanzielles Risiko entsprechend und signifikant. Gleichzeitig wird dadurch auch deren Eigenkapitalverzinsung erhöht. Folglich liegt eine Beihilfe der Bayerischen Landesstiftung als Stiftung des öffentlichen Rechts an das Investorenkonsortium vor.

Noch vor Jahresfrist hat sich der Bayerische Staatsminister der Finanzen, Herr Dr. Markus Söder, in einer Antwort auf die Anfrage einer Abgeordneten des Bayerischen Landtags dahingehend geäußert, dass sich die

Bayerische Landesstiftung nicht am Bieterverfahren beteiligen darf, da die Renditeerwartungen zu gering seien (Vgl. Anlage 3, Seite 16 bis 17). Wenn nun doch eine Beteiligung der Bayerischen Landesstiftung am von der PATRIZIA AG geführten Investorenkonsortium erfolgt, dann muss dies eine Beihilfe sowohl an das Investorenkonsortium als auch an die Bayerische Landesbank darstellen.

5. Fazit

Aufgrund dieser Ausführungen wird meiner Auffassung nach deutlich, dass die Zuschlagsentscheidung nicht mit EU-Recht in Einklang steht.
Ich bitte Sie daher, dringend auf die Bayerische Staatsregierung einzuwirken, dass diese die Bayerische Landesbank anweist, keine weiteren Vollzugsschritte nach Zuschlagserteilung durchzuführen. Insbesondere sollte ein Signing des Share Deals aufgeschoben werden oder – für den Fall, dass dies bereits erfolgt ist – sollte zumindest vorerst kein Closing stattfinden.
Parallel zu der vorliegenden Anzeige werden gegebenenfalls erforderliche Rechtsschutzmöglichkeiten der beschwerten WIN-B Wohnen in Bayern Finance GmbH gegen die Zuschlagsentscheidung geprüft und zu gegebener Zeit eingelegt."

Glückwünsche für Georg Randlkofer zum 65. Geburtstag

(12.4.2013) Oberbürgermeister Christian Ude gratuliert Georg Randlkofer zum bevorstehenden 65. Geburtstag: „Als persönlich haftender Gesellschafter der Alois Dallmayr KG leiten Sie seit vielen Jahren einen der bekanntesten Münchner Traditionsbetriebe. Dank Ihres erfolgreichen unternehmerischen Handelns steht der Name Dallmayr für Spitzenqualität, lebendige Tradition, edles Ambiente und den Inbegriff von Genuss.
Daneben setzen Sie sich in verschiedenen Ämtern und Funktionen für die Stadt und die Münchner Wirtschaft ein. Sie sind im Vorstand des Vereins CityPartnerMünchen, der durch sein Wirken dazu beiträgt, die Attraktivität der Innenstadt zu steigern. Im neu gegründeten Verein Tourismus Initiative München TIM e. V. gehören Sie zu den Gründungsmitgliedern. Durch die Bündelung unserer Kräfte im neuen Tourismusfonds können wir unsere Stadt zukünftig noch effizienter in aller Welt bewerben. In der Industrie- und Handelskammer für München und Oberbayern wurden Sie außerdem zum wiederholten Mal zu einem der Vizepräsidenten gewählt. Aber Ihr Herz schlägt nicht nur für die Wirtschaft, sondern auch für die Kinder, welche die Zukunft unserer Stadt sind. Im Sozialprojekt Lichtblick Hasenbergl sind Sie als Stiftungsvorstand aktiv. Für Ihr außerordentliches wirtschaftliches und soziales Engagement spreche ich Ihnen meinen herzlichsten Dank und meine Anerkennung aus.

Für die Zukunft wünsche ich Ihnen alles Gute, viel Glück und noch viele Jahre bei bester Gesundheit, damit Sie Ihr vielfältiges Wirken auch weiterhin mit Freude und Vitalität fortsetzen können."

OB Ude gratuliert Dr. Helmut Röschinger zum 70. Geburtstag
(12.4.2013) Oberbürgermeister Christian Ude gratuliert Dr. Helmut Röschinger zum bevorstehenden 70. Geburtstag: „In einem Alter, in dem die meisten Anderen ihren wohlverdienten Ruhestand genießen, stehen Sie weiterhin an der Spitze Ihres Unternehmens, das sich in herausragender Weise um den Immobilienstandort München verdient gemacht hat. Die Argenta Internationale Anlagengesellschaft mbH hat sich in den letzten Jahrzehnten zu einer bedeutenden Projektentwicklungsgesellschaft entwickelt. Sie haben das wirtschaftliche und gesellschaftliche Geschehen der Landeshauptstadt München mitgeprägt und mit der Argenta anspruchsvolle Architektur geschaffen, die unser Stadtbild entscheidend mitgestaltet. Als eines der bedeutendsten Stadtentwicklungsprojekte möchte ich die Parkstadt Schwabing nennen, an deren Entstehung und Umsetzung Sie maßgeblich mitgewirkt haben.
Besonders erwähnen möchte ich Ihr Engagement als Kuratoriumsmitglied im Verein zur Förderung der Alten und Neuen Pinakothek. Die Pinakotheken zählen zu den weltweit bedeutendsten Museen europäischer Malerei. Münchens Ruf als herausragende Kulturstadt ist auch der Initiative des Vereins zu verdanken, dem es gelungen ist, bedeutende Kunstwerke zur Ergänzung der Sammlung zu erwerben. Ebenso bedeutend ist die Initiative des Vereins bei der Finanzierung von Führungen und Vorträgen und bei der Förderung der Museumspädagogik, um Besucher an Ausstellungsobjekte heranzuführen und sie ihnen näherzubringen.
Ich wünsche Ihnen für die kommenden Jahre alles Gute, Glück, Erfolg und vor allem Gesundheit."

Podiumsdiskussion „Was tun gegen Nazi-Gewalt?"
(12.4.2013) Zum Beginn des NSU-Prozesses am Oberlandesgericht München findet auf Einladung der Zeitschrift „stern" am Mittwoch, 17. April, um 19 Uhr im Großen Sitzungssaal des Rathauses die Podiumsdiskussion „Was tun gegen Nazi-Gewalt?" statt. Die Veranstaltung wird ausgerichtet in Kooperation mit der Daimler AG, der Landeshauptstadt München – Fachstelle gegen Rechtsextremismus und dem Münchner Volkstheater. Erörtert werden dabei Strategien zur Bekämpfung neonazistischer Gewalt in Deutschland. Oberbürgermeister Christian Ude wird die Podiumsdiskussion eröffnen. Mit ihr wollen die Veranstalter ein Zeichen gegen Hass und Rassismus setzen.

Die Runde im Rathaus ist mit bekannten Namen besetzt. Es diskutieren Uli Hoeneß, Präsident des FC Bayern München, der Musiker Peter Maffay, der Gründer der Aussteigerinitiative EXIT, Bernd Wagner, Volkstheater-Intendant Christian Stückl, die Autorin Hatice Akyün, Rechtsanwalt Mehmet Gürcan Daimagüler, einer der Vertreter der Nebenkläger im NSU-Prozess, und eine ehemalige Neonazi-Aktivistin. Hans-Ulrich Jörges, Mitglied der Chefredaktion des „stern", übernimmt die Moderation.
Für den Eintritt wird eine Spende in Höhe von 10 Euro erbeten. Der Spendenerlös der Veranstaltung kommt EXIT zugute. Die erfolgreichste deutsche Initiative für Aussteiger aus dem Rechtsextremismus hat mehr als 480 Aktivisten in die Mitte der deutschen Gesellschaft zurückgeholt. Gerade hat die Bundesregierung die Grundfinanzierung von EXIT beschlossen, so dass der Fortbestand der Organisation sichergestellt ist. EXIT ist zur Kofinanzierung aber weiterhin auf Spenden und bürgerschaftliches Engagement angewiesen.
Die Veranstalter behalten sich vor, von ihrem Hausrecht Gebrauch zu machen und Personen, die rechtsextremen Parteien oder Organisationen angehören, der rechtsextremen Szene zuzuordnen sind oder bereits in der Vergangenheit durch rassistische, nationalistische, antisemitische oder sonstige menschenverachtende Äußerungen in Erscheinung getreten sind, den Zutritt zu der Veranstaltung zu verwehren oder sie von dieser auszuschließen.

Neues Integrationsprojekt: „München – meine Stadt. Gut und sicher unterwegs"

(12.4.2013) Am 11. April stellte Kreisverwaltungsreferent Dr. Wilfried Blume-Beyerle zusammen mit der Programmdirektorin der Münchner Volkshochschule, Dr. Susanne May, den neu entwickelten Ordner „München – meine Stadt. Gut und sicher unterwegs" im Gasteig vor. Der Ordner beinhaltet Unterrichtsmaterial zum Thema „Mobilität in München", das für sämtliche Integrations- und andere Deutschkurse verwendet werden kann.
Mobilität ist für die meisten von uns Alltag. Wer jedoch in eine fremde Umgebung kommt, sieht sich mit neuen Regeln und Gepflogenheiten konfrontiert. So kann auch Mobilität plötzlich zur Herausforderung werden: Wo darf mein Kind Fahrrad fahren? Welches Ticket ist für mich das Günstigste? Warum kann ich nicht überall in den Bus ein- und aussteigen?
Mobilität ist aus gutem Grund Teil des offiziellen Curriculums von Integrations- und anderen Deutschkursen. Die gängigen Lehrwerke können jedoch

nicht auf lokale Gegebenheiten eingehen. Dabei sind gerade diese entscheidend für die täglichen Wege. Das Kreisverwaltungsreferat hat daher gemeinsam mit der MVHS im Rahmen des Aktionsprogramms „München – Gscheid mobil“ spezielle Unterrichtsmaterialien zu dem Thema ‘Mobilität in München’ entwickelt.
In dem neuen Ordner ist das komplette Themenspektrum „Mobilität“ anhand von Übungen und Projekten für den Unterricht aufbereitet. Durch Vorschläge für Unterrichtsgänge und Besuche, beispielsweise bei der Polizei, der MVG und dem ADFC, können Themen wie Verkehrsregeln oder das Tarifsystem praxisorientiert und nah an der Lebensrealität vermittelt werden. Damit wird das Ziel der gesellschaftlichen Teilhabe und Integration mit einer nachhaltigen Mobilitätskultur verknüpft. Bereits vor dem offiziellen Projektstart wurde das Projekt durch die Nominierung für den europäischen SYNAPTIC Award „Excellence in Seamless Mobility” ausgezeichnet.
„Gerade Migrantinnen und Migranten fällt es oftmals aufgrund sprachlicher Barrieren oder auch wegen kultureller Unterschiede nicht so leicht, sich in München zurecht zu finden. Das Thema Mobilität wird ohnehin in den Integrationskursen behandelt. Dieses nun München spezifisch aufzubereiten, ist die ideale Möglichkeit, Kursteilnehmerinnen und Kursteilnehmern den „mobilen“ Start in der Landeshauptstadt zu erleichtern“, so Kreisverwaltungsreferent Dr. Wilfried Blume-Beyerle.
Ingrid Veicht, Leiterin des Programmbereiches Deutsch, Migration und Integration der MVHS betont: „Wir freuen uns sehr, dass wir mit unserer langjährigen Erfahrung in der Sprachförderung und mit unserem Know-how dieses Projekt mit gestalten können. Als kommunalem Bildungsträger ist es uns von jeher ein zentrales Anliegen, unseren Teilnehmerinnen und Teilnehmern Wege aufzuzeigen, um in unserer Stadtgesellschaft anzukommen.“
Im Rahmen des Aktionsprogramms „München – Gscheid mobil“ der Landeshauptstadt München werden verschiedene Zielgruppen, wie Neubürger, Kinder und Jugendliche und Unternehmen angesprochen und zu Möglichkeiten der nachhaltigen Mobilität informiert und beraten. Mit Unterstützung des EU-Projekts SEGMENT im Rahmen des Förderprogramms IEE und der Stelle für interkulturelle Arbeit der Landeshauptstadt München wird zukünftig auch das Angebot „München – meine Stadt. Gut und sicher unterwegs“ für Migrantinnen und Migranten umgesetzt.
Das Unterrichtsmaterial steht als pdf unter *www.muenchen.de/rathaus/Stadtverwaltung/Kreisverwaltungsreferat/Verkehr* zur Verfügung.

Die Radlhauptstadt-Schultournee ist wieder unterwegs

(12.4.2013) Die „Schultournee – Check dein Radl" besucht wieder Münchner Schülerinnen und Schüler. Die erste Station ist am 15. April das Erasmus-Grasser-Gymnasium. Am 18. April geht es weiter zur Mittelschule an der Franz-Nißl-Straße. Ziel des Projektes ist es, die Themen Sicherheit und Freude am Radfahren spielerisch zu vermitteln.
Zuerst testen die Fünf- und Sechsklässler im interaktiven Quiz ihr Wissen rund um die Themen Sicherheit und Umweltschutz. Neben der Theorie kommt aber auch die Praxis nicht zu kurz: In der „Radlwerkstatt" legen die Kinder anschließend selbst Hand an und überprüfen in Kleingruppen zusammen mit erfahrenen Fahrradmechanikern ihre eigenen Räder. Die Schülerinnen und Schüler lernen dabei, wie sie ihre Fahrräder verkehrssicher halten und kleinere Mängel selbst beheben können. Die Schultournee der Radlhauptstadt fördert dadurch die Selbstständigkeit der Kinder. Für sie ist das eigene Radl besonders wichtig. Es ermöglicht ihnen unabhängige Mobilität, ohne sich nach Eltern oder Busfahrplänen richten zu müssen. Zusätzlich sensibilisiert das Projekt die Schülerinnen und Schüler zu einem bewussten Umgang mit dem Fahrrad im Straßenverkehr.
Das Schulprojekt tourt seit 2011 jeweils im Sommer und Herbst durch Münchner Schulen. Im Herbst finden weitere Termine statt. Interessierte Schulen können sich unter vanessa.mantini@greencity.de beziehungsweise Telefon 89 06 68 -3 16 anmelden.
Mehr Informationen und Bildmaterial sind unter *www.radlhauptstadt.de* und *www.radlhauptstadt.muenchen.de/presse* abrufbar.

Fassaden am Neuen Rathaus werden überprüft

(12.4.2013) Am Neuen Rathaus werden – wie jedes Jahr – die Fassaden überprüft, um etwaige Schäden am Naturstein rechtzeitig erkennen und erfassen zu können. Die Überprüfung der Fassaden am Neuen Rathaus wird vom 15. April bis etwa 26. April dauern.
Aus Verkehrssicherheitsgründen werden zu behebende Schäden sofort im Zuge der Fassadenbefahrung beseitigt. Ab 15. April wird an voraussichtlich acht Werktagen in der Zeit von 7 Uhr bis 18 Uhr an verschiedenen Abschnitten eine Hebebühne stehen, mit deren Hilfe Fachleute die Fassade untersuchen. Die Befahrung des Rathausturmes mit einer 84-Meter-Hebebühne wird voraussichtlich am 23. April durchgeführt.

Bachauskehr in den Münchner Bächen

(12.4.2013) Am Samstag, 13. April, um 7 Uhr schließt das Baureferat die Schleuse im Werkkanal. Der Flussmeister und ein Dutzend Mitarbeiter haben dann zwei Wochen Zeit, um das Bachbett des sechs Kilometer langen

Auer Mühlbachs von Weggeworfenem und Mitgerissenem zu befreien. Was die Münchner Stadt- und Stadtrand-Bäche übers Jahr an Unrat mit sich nehmen müssen, was sich an Sedimenten ablagert oder auf dem Grund ungehindert wuchert, belastet die Tierwelt, kann Böschungen, Dämme und Brücken beschädigen. „Bachauskehr!“ heißt es deshalb in München seit Jahrhunderten und traditionell im Frühjahr und Herbst, denn der Wasserfluss darf sich nicht verringern.
Für die Gewässer im gesamten Stadtgebiet ist das Baureferat mit seiner Hauptabteilung Ingenieurbau, Abteilung Wasserbau und Bauwerskunterhalt zuständig. Dazu gehören Pflege und Unterhalt der Stadtbäche. Bei der Bachauskehr wird deshalb nicht nur Müll gesammelt, auch Brücken, Böschungen, Kanalmauern, Wehre und andere Bauwerke werden kontrolliert und Schäden behoben. Zugleich geschieht dies heuer im Frühjahr in den Stadtbächen rechts der Isar: Dem Auer Mühlbach, dem Kunstmühlenbach, Kegelhofbach, Aubach und im Freibadbächl. Das „Rama Dama“ in den Bächen und Kanälen links der Isar erfolgt im Herbst.
Anlieger von Bachgrundstücken und Unterhaltsverpflichtete, deren Gebäude Stadtbäche überbauen, werden über Termine, Zweck und Rechtsgrundlage der Bachauskehr alljährlich durch Anschreiben informiert; außerdem erfolgt eine entsprechende Bekanntmachung im Amtsblatt der Stadt München.

Vortrag „Bauen mit Holz“ im Ökologischen Bildungszentrum
(12.4.2013) Holz liegt voll im Trend. Zeitgemäßer Holzbau ist für viele Bauleute eine Alternative, im Neubau wie in der Sanierung, denn neben den energetischen Aspekten gewinnt die Ökologie zunehmend an Bedeutung. Der Vortrag von Diplom-Ingenieur (FH) Michael Eckert gibt am Mittwoch, 17. April, 18.30 Uhr, einen Einblick über die vielfältigen Möglichkeiten, Holz einzusetzen. Anhand konkreter Projekte werden seine Vorteile dargestellt. Im Rahmen des Vortrags kann auch auf individuelle Fragen der Besucherinnen und Besucher eingegangen werden. Der Vortrag findet im ÖBZ München, Englschalkinger Straße 166, statt. Der Eintritt ist frei.
Das ÖBZ der Münchner Volkshochschule bietet in Kooperation mit dem Bauzentrum München eine Vortragsreihe mit dem Themenschwerpunkt „Energieeffizienz und natürliche Baustoffe“ an. Die Dozentinnen und Dozenten sind Baufachleute und Mitglieder des ehrenamtlichen Beraterteams im Bauzentrum München. Das ÖBZ liegt im Münchner Osten in der Nähe des Arabellaparks. Die Englschalkinger Straße zweigt am Verkehrsknotenpunkt Effnerplatz vom Mittleren Ring ab. Neben Haus Nr. 164 führt ein Fuß- und Radweg zum ÖBZ. Mit den öffentlichen Verkehrsmitteln erreicht man das ÖBZ mit der U 4 bis „Arabellapark“ und dann weiter mit

den Buslinien 154/184/185/189 oder Tramlinie 16, Haltestelle „Cosimapark", oder zu Fuß entlang der Englschalkinger Straße (rund zehn Minuten). Parkmöglichkeiten bestehen entlang der Englschalkinger Straße. Eine Zufahrt bis zum Haus ist nur für Behinderte möglich (Behindertenstellplatz am Haus).

GEDOK-Ausstellung „Verständnis – Verständigung – Verbindungen"
(12.4.2013) Ab dem 18. April zeigt das Referat für Bildung und Sport im Pädagogischen Institut, Herrnstraße 19, die Ausstellung „Verständnis – Verständigung – Verbindungen" der Gemeinschaft Deutscher und Österreichischer Künstlerinnenvereine aller Kunstgattungen (GEDOK).
„Empathie für das Miteinander der Menschen" ist die Aufforderung hinter dem Titel der Ausstellung. Es geht dabei um Völkerverständigung und auch um die vielen Situationen der Intoleranz in unserem direkten Umfeld.
22 Künstlerinnen der GEDOK München greifen diese vielfältigen Problemstellungen der Gesellschaft auf und beleuchten diese von verschiedensten Seiten mit völlig unterschiedlichen Ausdrucksweisen und Techniken.
Mit einer Vernissage am 17. April um 18 Uhr wird die Ausstellung eröffnet und kann bis zum 27. Juni von Montag bis Freitag von 10 bis 18 Uhr besichtigt werden. Der Eintritt ist frei.

Führung durch die Ausstellung „Typisch München!"
(12.4.2013) Dr. Florian Dering führt am Mittwoch, 17. April, um 16 Uhr durch die Ausstellung „Typisch München!" im Münchner Stadtmuseum, St.-Jakobs-Platz 1. Vom angeblichen Schlüsselbein Herzog Heinrichs des Löwen bis zur Allianz Arena wird die Kulturgeschichte Münchens von ihrer Gründungslegende bis zur Gegenwart beleuchtet. Ein besonderes Augenmerk wird dabei auf die kommunale Emanzipation Münchens gerichtet. Die Führung zeigt in einem Streifzug durch die 850-jährige Stadtgeschichte, was seit wann und warum typisch ist für München. Treffpunkt ist im Foyer. Der Museumseintritt kostet 4 Euro, ermäßigt 2 Euro. Die Führungsgebühr beträgt 6 Euro.

Öffentliche Stadtrats-Sitzungen der kommenden Woche
Dienstag, 16. April

9.30 Uhr	Ausschuss für Arbeit und Wirtschaft – Kleiner Sitzungssaal
10.00 Uhr	Rechnungsprüfungsausschuss – Großer Sitzungssaal
14.00 Uhr	Stadtentwässerungsausschuss – Großer Sitzungssaal
ca. 14.15 Uhr	Bauausschuss – Großer Sitzungssaal

Mittwoch, 17. April

9.30 Uhr	Ausschuss für Stadtplanung und Bauordnung/ Finanzausschuss – Großer Sitzungssaal
im Anschluss	Ausschuss für Stadtplanung und Bauordnung – Großer Sitzungssaal
14.00 Uhr	Verwaltungs- und Personal-/IT-Ausschuss – Großer Sitzungssaal
im Anschluss	Verwaltungs- und Personalausschuss – Großer Sitzungssaal

Donnerstag, 18. April

9.30 Uhr	Kulturausschuss – Großer Sitzungssaal
9.30 Uhr	Kommunalausschuss – Kleiner Sitzungssaal
14.00 Uhr	Gesundheitsausschuss – Kleiner Sitzungssaal

Antworten auf Stadtratsanfragen

Freitag, 12. April 2013

Verbesserungsmöglichkeiten für MitarbeiterInnen im Jobcenter
Anfrage Stadtrats-Mitglieder Siegfried Benker, Anja Berger, Gülseren Demirel, Lydia Dietrich und Jutta Koller (Bündnis 90/Die Grünen) vom 8.2.2013

Antwort Sozialreferentin Brigitte Meier:

In Ihrer Anfrage vom 08.02.2013 führen Sie Folgendes aus:

„In den letzten Monaten wurde u.a. auch vom Gesamtpersonalrat des Jobcenters München wiederholt auf die problematische Situation für MitarbeiterInnen im Jobcenter (insbesondere hohe Fallzahlen und die damit verbunden enorme Arbeitsbelastung und -verdichtung) hingewiesen. Auch bei der Beschäftigtenversammlung im Oktober 2012 sowie bei einem Gespräch des Gesamtpersonalrats mit der Stadtratsfraktion der Grünen – rosa liste im Januar 2013, wurde die hohe Arbeitsbelastung betont und mögliche Lösungsansätze diskutiert. Unter anderem wurden dabei auch Aspekte genannt (z.B. eine verbesserte EDV-Ausstattung und ein uneingeschränkter Zugang zum städtischen Intranet), die möglicherweise von Seiten der LH München geregelt werden könnten, obwohl grundlegende Entscheidungen bei der Trägerversammlung liegen und der Handlungsspielraum der LH München für das Jobcenter begrenzt ist."
Zu Ihrer Anfrage vom 08.02.2013 nimmt das Sozialreferat im Auftrag des Herrn Oberbürgermeisters im Einzelnen wie folgt Stellung:

Frage 1:
Wie viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Jobcenters München verfügen nur über einen eingeschränkten Zugang zum städtischen Intranet?

Antwort:
Alle kommunalen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verfügen derzeit über einen Zugang zum gespiegelten Intranet der Landeshauptstadt München von Rechnern der Bundesagentur für Arbeit aus. Dieser Zugang wird jedoch als eingeschränkt empfunden, da nicht alle Funktionen (Links, Schwarzes Brett etc.) zur Verfügung stehen. Darüber hinaus gibt es noch

eine gewisse Anzahl an städtischen Rechnern in den Sozialbürgerhäusern. Über diese ist der uneingeschränkte Zugriff auf das Intranet möglich.
Eine Erfassung des Bestandes an städtischer Hardware beim Jobcenter München erfolgt aktuell. Eine vollständige Übersicht wird Ende April 2013 zur Verfügung stehen.

Frage 2:
Welche Maßnahmen könnten ergriffen werden, um allen MitarbeiterInnen des Jobcenters einen uneingeschränkten Zugang zum städtischen Intranet zu ermöglichen?
Welche Kosten wären damit verbunden?

Antwort:
Das Thema „Zugriffe auf das städtische Intranet für die Kolleginnen und Kollegen des Jobcenters" ist als IT-Vorhaben des Sozialreferates gemeldet und soll laut der aktuellen Vorhabensplanung im Laufe des Jahres 2013 aufgegriffen werden. Mit den Vorerhebungen für das Projekt in Bezug auf den Ist-Zustand wurde bereits begonnen.

Konkretere Angaben sowie Kostenschätzungen können erst erfolgen, wenn die Ermittlung der Anforderungen abgeschlossen ist und die möglichen Alternativen zur Umsetzung des Vorhabens bekannt sind.

Frage 3:
Wie könnte die Einführung einer Bagatellgrenze für die städtische Prüfgruppe realisiert werden?

Antwort:
Die Einführung einer Bagatellgrenze bei Erstattungsbescheiden wurde bereits im Jahr 2010 im Sozialgesetzbuch (SGB) XII angedacht. Fälle, in denen der zu betreibende Aufwand nicht mehr im Verhältnis zum Rückforderungsbetrag steht, sollten nicht weiter verfolgt werden. Ein solches Kostenverhältnis liegt aus unserer Sicht bei Erstattungsbescheiden vor, in denen weniger als 100 Euro von den Betroffenen gefordert werden. Das Revisionsamt wurde deshalb mit Schreiben vom 29.06.2010 gebeten, der Einführung einer Bagatellgrenze von 100 Euro zuzustimmen.
In seiner Stellungnahme vom 09.08.2010 führte das Revisionsamt aus, dass die Einführung einer generellen Bagatellgrenze von 100 Euro für Fälle rechtswidrig gewährter Sozialhilfe nicht in Betracht kommt. Damit ist die Einführung einer Bagatellgrenze für die städtische Prüfgruppe nicht realisierbar, zumal im SGB II neben dem städtischen Revisionsamt auch die

interne Revision der Bundesagentur für Arbeit sowie der Bundesrechnungshof Aktenprüfungen durchführen und auch hier keine Regelungen zur Nichtverfolgung rechtswidrig gewährter Leistungen bestehen. Allerdings wird von der städtischen Prüfgruppe bei Kleinstbeträgen keine Richtigstellung gefordert, wenn der mit der Änderung verbundene Aufwand in keinem Verhältnis mehr zum damit erzielbaren Nutzen steht. In diesen Fällen erfolgt dann lediglich ein Bearbeitungshinweis, wie künftig zu verfahren ist.

Frage 4:
Welche Möglichkeit sieht die LH München, sich in der Trägerversammlung für eine Reduktion der Begleitarbeiten (v.a. Statistiken) einzusetzen, damit die MitarbeiterInnen des Jobcenters mehr Zeit für die direkte Betreuung ihrer KundInnen haben?

Antwort:
Das Jobcenter München wurde gebeten darzustellen, welche Statistiken aktuell von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu führen sind.
Im Rahmen der Qualitätssicherung (z.B. Fehlerlisten, Auswertungen) erhalten die Leitungen der Sozialbürgerhäuser-Arbeit entsprechende Auswertungen. Darüber hinaus werden aus der Zentrale z. B. Listen zur Überprüfung versandt, wenn außergewöhnlich hohe Zahlungen erfolgt sind. Der Aufwand, der hierbei für die einzelnen Sozialbürgerhäuser entsteht, ist unterschiedlich hoch.

Die Auswertungen dienen ebenfalls als Grundlage für die Identifikation von Schulungs- und Qualifizierungsbedarfen. Für die Geschäftsführung hat die Qualitätssicherung (Rechtmäßigkeit der Leistungserbringung) einen sehr hohen Stellenwert, denn nur so können die Bürgerinnen und Bürger Vertrauen in die Bescheide haben und Klagen nachhaltig vermieden werden. Für die Geschäftsführung hat der Personaleinsatz in den Bereichen Leistung und Arbeitsvermittlung klare Priorität, um Beschwerden/Widersprüche/Klagen zu vermeiden und in diesen Bereichen kein zusätzliches Personal einsetzen zu müssen.

Im Jobcenter München wird in allen Sozialbürgerhäusern eine Erhebung zu den durchgeführten Hausbesuchen durchgeführt. Im Rahmen des Haushaltssicherungskonzeptes der Landeshauptstadt München ist hier seit einigen Jahren jährlich ein Betrag von 1 Mio. Euro als Konsolidierungsbeitrag zu erbringen. Auf die Dokumentation kann daher nicht verzichtet werden.

Auf der Ebene der Sozialbürgerhäuser gibt es teilweise weitere Statistiken im Rahmen des Kundenprozesses (Vorsprachen in der Eingangszone differenziert nach Neu- und Bestandskundinnen und -kunden). Diese Auswertung dient dazu, Transparenz über das Kundenaufkommen sowie die Vorsprachen zu erhalten, um ggf. entsprechende Steuerungsmaßnahmen treffen zu können. Das Konzept der Eingangszonen soll ab Ende 2013 evaluiert werden, mit den Ergebnissen kann über die weitere Notwendigkeit von Statistiken ebenfalls diskutiert werden.

Seitens der Landeshauptstadt München wird derzeit keine Möglichkeit gesehen, in der Trägerversammlung für eine Reduzierung der Statistiken einzutreten. Die Belastung der Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter sowohl in der Leistung wie in der Arbeitsvermittlung wird gerade durch die Nacharbeiten im Rahmen der Qualitätssicherung gesteigert, hier wirken sich die vorhanden Belastungen durch die personellen Schwierigkeiten zusätzlich negativ aus. Darüber hinaus sehen wir jedoch eine große Belastung durch die vorgegebenen Abläufe und Statistikanforderungen der IT sowie die notwendigen Umgehungslösungen in der täglichen Arbeit. Ob hier die neue Software Allegro langfristig die versprochene Verbesserung bringt, bleibt abzuwarten.

Frage 5:
Welche Überlegungen gibt es bereits gegenüber der Bundesagentur für Arbeit, um geringere Fallzahlen in München zu erreichen, damit der in der Kooperationsvereinbarung beschlossene Schlüssel 1:130 reduziert werden kann?

Antwort:
Der laut Kooperationsvereinbarung für das Jahr 2013 angestrebte Betreuungsschlüssel von 1:130 im Bereich Leistungssachbearbeitung wurde in der Trägerversammlung vom 20.04.2012 in einem ersten Schritt bis zur Einführung des IT-Verfahrens Allegro auf 1:125 abgesenkt.
In der Trägerversammlung vom 14.12.2012 wurde weiterhin beschlossen, dass keine weitere Reduzierung des Personals mehr umgesetzt werden soll. Die Gesamtzahl von 820 Vollzeitäquivalenten (VZÄ) soll gehalten werden. Die Fallzahl soll mit dieser Maßnahme auf dem aktuellen Niveau von 1:118 gehalten werden. Die Landeshauptstadt München hat zugesichert, bis zu einer Anzahl von 250 VZÄ (zuzüglich Bildung und Teilhabe) im Bereich Leistungssachbearbeitung Personal zu stellen, wenn die Nachbesetzung durch die Bundesagentur für Arbeit nicht möglich ist. Die tatsächliche Fallzahl bei den einzelnen Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeitern liegt je-

doch höher (siehe hierzu Vorlage Nr. 08-14/V 10659 vom 19.12.2012, Punkt 3: Personal).

Mit Schreiben vom 03.12.2012 wurde Herr Heinrich Alt, Vorstand Grundsicherung der Bundesagentur für Arbeit, gebeten, die Fallzahlproblematik in den Bund-Länder-Ausschuss einzubringen.

Am 13.02.2013 wurde darüber hinaus beim Deutschen Städtetag eine Fallzahlbemessung, die den regionalen Besonderheiten von Großstädten Rechnung tragen soll, unter der Prämisse der Ausfinanzierung des Verwaltungsbudgets thematisiert. Angeregt wurde die Durchführung einer Untersuchung der Fallzahl in mehreren Großstädten.

Frage 6:
Wie positioniert sich die LH München zur möglichen Einrichtung einer mit freiwilligen MitarbeiterInnen besetzten Arbeitsgruppe, die Verbesserungen erarbeitet und diese in die Trägerversammlung einbringt?

Antwort:
Die Trägerversammlung hat in ihrer Sitzung am 12.10.2012 den Einkauf der Dienstleistung „Kontinuierliche Verbesserung" beschlossen. Ziel ist, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stärker an den Prozessen im Jobcenter München zu beteiligen.

Zu Beginn wurde der Prozess durch die Interne Beratung der Bundesagentur für Arbeit begleitet. Von Oktober 2012 bis Ende Februar 2013 wurden jedoch vier jobcentereigene Moderatorinnen und Moderatoren geschult, die zukünftig die Begleitung übernehmen werden.

Zu unterschiedlichen Themen wurden insgesamt sieben Workshops durchgeführt (u.a. zu Aktenführung, Absolventenmanagement, Verfahren bei Umzug, Zusammenarbeit Leistung und Arbeitsvermittlung, Kundensteuerung in der Eingangszone). Für den Rest des Jahres sind aktuell vier weitere Workshops geplant.

Bei diesem Verfahren können die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Jobcenters München Themen benennen, die sie gerne im Rahmen der Kontinuierlichen Verbesserung mit dem Ziel, einer Verbesserung oder Änderung bearbeiten möchten. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beleuchten nach einer bestimmten Methodik die Problemstellung und erarbeiten eigenständig Lösungsvorschläge, die sie der Geschäftsführung in einem

Abschlussworkshop präsentieren. Danach wird von dort entschieden, ob die Ergebnisse im Jobcenter München umgesetzt werden. Es ist im Regelprozess vorgesehen, dass der Personalrat an der Abschlusspräsentation teilnimmt.

Nach dem der Trägerversammlung vorgelegten Konzept ermöglicht dies für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Möglichkeit, aktiv an der Gestaltung von Abläufen im Jobcenter München mitzuarbeiten. Entscheidend für den Erfolg und die Akzeptanz bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ist natürlich, dass neben der Personalvertretung, die Träger Landeshauptstadt München und Bundesagentur für Arbeit zeitnah eingebunden werden, wenn Themen aufgegriffen werden, bei denen die jeweilige Zustimmung notwendig ist.

Frage 7:
Welche weiteren Maßnahmen könnten von Seiten der LH München eingeleitet werden, um die angespannte Situation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Münchner Jobcenters zu verbessern?

Antwort:
Die Landeshauptstadt München setzt sich auch weiterhin konsequent dafür ein, dass die Personalzusagen eingehalten werden. Bei eigenen Einstellungen wird versucht, noch vorausschauender und zeitnäher zu agieren.
Darüber hinaus, beteiligt sich die Landeshauptstadt München an der Erarbeitung eines Personalentwicklungskonzeptes für das Jobcenter München.

Auch wird derzeit geprüft, ob der städtische Sozialfonds aufgestockt werden kann, um den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die ihre Tätigkeit im Jobcenter aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr ausführen können, Alternativen anbieten zu können.
Geplant ist weiterhin, die Entlastungseffekte durch die Eingangszone und die neuen Schnittstellen im Jobcenter München vom Personal- und Organisationsreferat evaluieren zu lassen.

Die wirkungsvollste Unterstützung liegt in der Stabilität des Personalkörpers.
Nur erfahrene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verfügen über die nötige Routine und die Kompetenz, auch neue Kolleginnen und Kollegen erfolgreich anzuleiten. Das Ziel muss deshalb sein, die Zufriedenheit der Mitar-

beitenden zu erhalten bzw. herzustellen. Hinweise zu den möglichen Handlungsfeldern sollte der in diesem Jahr stattfindende Mitarbeitermonitor des Sozialreferates geben, in den die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Jobcenters München einbezogen sind.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Inhaltsverzeichnis

Freitag, 12. April 2013

Bebauung Hanns-Seidel-Platz
Findet die unendliche Geschichte ihre Fortsetzung?
Anfrage Stadtrats-Mitglieder Beatrix Burkhardt und Hans Podiuk (CSU)

Aufwertung des Willy-Brandt-Platzes in der Messestadt
Antrag Stadtrat Hans Podiuk (CSU)

Gerichtliche Klagen gegen Hartz IV-Bescheide in München
Antrag Stadträtinnen Anja Berger, Gülseren Demirel, Lydia Dietrich und Jutta Koller (Bündnis 90/Die Grünen)

Flächensparende Gewerbeansiedlungen
Antrag Stadtrats-Mitglieder Paul Bickelbacher, Herbert Danner, Gülseren Demirel, Jutta Koller, Sabine Krieger und Sabine Nallinger (Bündnis 90/Die Grünen)

Impressum: Die presserechtliche Verantwortung für Anträge und Anfragen von Stadtratsmitgliedern der **SPD** trägt: Alexander Reissl; **CSU**: Josef Schmid; **Bündnis 90/Die Grünen**: Dr. Florian Roth; **Rosa Liste**: Thomas Niederbühl; **FDP**: Dr. Michael Mattar; **Die Linke**: Brigitte Wolf; **ÖDP**: Tobias Ruff; **Freie Wähler**: Johann Altmann; **Bayernpartei**: Richard Progl; **BIA**: Karl Richter.
Alle: Rathaus, 80313 München; Druck: Stadtkanzlei

CSU
Fraktion im
MÜNCHNER STADTRAT

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

Stadtrat Hans Podiuk
Stadträtin
Beatrix Burkhardt

ANFRAGE
12.04.13

Bebauung Hanns-Seidel-Platz
Findet die unendliche Geschichte ihre Fortsetzung?

Seit mehr als vier Jahrzehnten fehlt Neuperlach ein lebendiger Mittelpunkt, ein wirkliches Zentrum. Nach zahlreichen Anläufen und unzähligen Umplanungen beschloss die Vollversammlung des Stadtrates am 19.12.2012 unter anderem, dass im Februar 2013 eine EU-weite Ausschreibung des Architektenwettbewerbes erfolgen soll. Nach unseren Informationen ist diese Ausschreibung jedoch bislang noch nicht erfolgt.

Wir fragen deshalb:

1. Ist es richtig, dass die EU-Ausschreibung Architektenwettbewerb bis dato nicht erfolgt ist?

2. Wenn ja, welche Gründe gibt es für diese erneute Verzögerung?

3. Wie sieht der aktuelle Zeitplan aus, wann ist mit der Ausschreibung zu rechnen und wann mit einem Wettbewerbsergebnis?

4. Ist es seriös, angesichts der permanenten Verzögerungen weiterhin, wie im Beschluss vom 19.12.2012 dargestellt, mit einer Bezugsfertigkeit Mitte 2019 zu planen?

Hans Podiuk, Stadtrat

Beatrix Burkhardt, Stadträtin

CSU-Fraktion, Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München
Tel. 233-92650, Fax: 291 37 65, csu-fraktion@muenchen.de, www.csu-rathau-muenchen.de

Fraktion im
MÜNCHNER STADTRAT

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

Stadtrat
Hans Podiuk

ANTRAG
12.04.13

Aufwertung des Willy-Brandt-Platzes in der Messestadt

Die Stadt richtet einen Workshop zur Aufwertung des Willy-Brandt-Platzes in der Messestadt Riem aus.

Begründung:
Der Willy-Brandt-Platz sollte das repräsentative Eingangstor der Messestadt werden. Statt dessen präsentiert er sich als weite Ödnis, als Platz der großen Leere. Herumliegende Abfälle verstärken den negativen Eindruck, den der Besucher bereits ab dem U-Bahn-Aufgang erhält.

Die Aufwertung des Öffentlichen Raums ist derzeit in aller Munde. Urbanauten, Münchner Forum, um nur einige zu nennen, machen sich viele Gedanken und präsentieren Vorschläge, wie man brach liegende Flächen (wieder-)beleben kann.

Der Willy-Brandt-Platz ist ein dankbarer Kandidat für eine solche Aufwertung und (Re-)Vitalisierung. Die Verwaltung wird daher beauftragt, einen Workshop unter Beteiligung des Bezirksausschusses und Vertreter der Bewohner zu veranstalten, um aus diesem Platz endlich das Aushängeschild und die urbane Mitte der Messestadt Riem zu machen, als das/die er gedacht war.

Hans Podiuk, Stadtrat

CSU-Fraktion, Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München
Tel. 233-92650, Fax: 291 37 65, csu-fraktion@muenchen.de, www.csu-rathaus-muenchen.de

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
STADTRATSFRAKTION
ROSA LISTE
MÜNCHEN

München, den 11.04.2013

Antrag

Gerichtliche Klagen gegen Hartz IV-Bescheide in München

Die Verwaltung wird gebeten, dem Stadtrat darzustellen wie sich die Situation von Klagen von Hartz-IV-EmpfängerInnen in München darstellt.

Dabei soll auf folgende Fragen eingegangen werden:

1. Wie viele Klagen von Hartz-IV-EmpfängerInnen sind beim Münchner Sozialgericht bereits gegen Hartz-IV-Bescheide eingegangen?
2. Wie viele dieser Klagen von Hartz-IV-EmpfängerInnnen richteten sich gegen das Jobcenter München?
3. Wie viele Klagen wurden durch MitarbeiterInnen des Jobcenters München eingereicht?
4. In wie vielen Klagefällen wurde den KlägerInnen Recht gegeben, da ein fehlerhafter Hartz-IV-Bescheid vorlag?

Begründung:

Die Hartz IV-Reformen, die Anfang 2005 in Kraft traten und das Kernstück der „Agenda 2010“ darstellen, standen von Beginn an in der Kritik. Seit Einführung der Reformen ist die Anzahl der Klagen der Hartz-IV-Empfänger gegen die Bescheide der Jobcenter kontinuierlich gestiegen.

Allein am größten deutschen Sozialgericht in Berlin gingen im vergangenen Jahr fast 30.000 Klagen ein. Das sind mehr als 80 Einwände pro Tag. Diese Überlastung führt auch zu einer zunehmenden Verzögerung der Verfahren.

Gleichzeitig geben die Gerichte den KlägerInnen, die gegen die Hartz-IV-Bescheide vorgehen in vielen Fällen Recht. Über 50 % der KlägerInnen haben Erfolg beziehungsweise erreichen einen Teilerfolg. Das bedeutet, dass etwa die Hälfte der Hartz-IV-Bescheide fehlerhaft ist. Laut Marcus Howe, Richter am Sozialgericht Berlin ist bereits seit Jahren zu beobachten, dass in etwa jedem zweiten Fall die Klagen berechtigt sind.

Die Grünen-rosa liste, Marienplatz 8, 80331 München, Tel. 089/233-92620, Fax 089/233-92 684
www.gruene-muenchen-stadtrat.de, gruene-rosaliste-fraktion@muenchen.de

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, wie sich das Problem der fehlerhaften Hartz-IV-Bescheide bzw. der Klagen gegen Hartz-IV-Bescheide in einem Ballungsraum wie München darstellt, wo rd. 53.000 Personen zum Bezug von SGB-II-Leistungen berechtigt sind. (s. Armutsbericht 2011, S. 43; dabei erscheinen rd. 30.000 Personen, die SGB-II-Leistungen beziehen, nicht in der Arbeitslosenstatistik der Agentur für Arbeit, da sie z.B. an einer Qualifizierungsmaßnahme der Agentur für Arbeit teilnehmen oder Angehörige pflegen).

Fraktion Die Grünen-rosa liste
Initiative:

Gülseren Demirel
Anja Berger
Jutta Koller
Lydia Dietrich

Mitglieder im Stadtrat

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

München, den 12.04.2013

Flächensparende Gewerbeansiedlungen

Antrag

Der Stadtrat möge folgenden Grundsatzbeschluss fassen:

1.) Neue Gebäude für gewerbliche Nutzung sind künftig **grundsätzlich** in flächensparender Bauweise auszuführen, d. h. angepasst an das städtebauliche Gesamtbild, mindestens jedoch zweigeschossig. Diese flächensparende Bauweise gilt sowohl für die gewerbliche Nutzung in Gebäuden, als auch für die dafür erforderlichen Stellplätze, die nach Möglichkeit in Tiefgaragen unter den Gebäuden unterzubringen sind. Ausnahmen sind nur in besonders begründeten Fällen nach Stadtratsbeschluss zulässig.

2.) Wenn erforderlich, dann sind für dieses Ziel auch Bebauungspläne entsprechend zu ändern, bzw. wird eine B-Plan-Änderung vom Planungsreferat in konkreten Fällen bei örtlichen Umstrukturierungsmaßnahmen offensiv angeregt.

Begründung:

1.) Die Ansiedlung eingeschossiger Gewerbebetriebe mit großzügigen oberirdischen Stellplätzen (z. B. Discounter, Baumärkte, etc.) ist ein verschwenderischer Umgang mit kostbaren Flächenreserven. In Zeiten, in denen die LH München händeringend nach geeigneten Flächen für die zukünftige Stadtentwicklung sucht, passt die bis heute praktizierte eingeschossige Ansiedlung von Gewerbebauten nicht mehr in unsere Stadt. In Zeiten, wo gartenstadtähnliche Siedlungsgebiete verstärkt nachverdichtet werden und bei jeder städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme versucht wird, die Höhenentwicklung der Gebäude nach oben zu schrauben, mutet es schon sehr anachronistisch an, wenn an anderer Stelle ein ebenerdiger Discounter oder Baumarkt mit goßzügigen Parkflächen entsteht.

München braucht für seine künftige Entwicklung jeden Quadratmeter für Wohnen, Gewerbe, Grün-/Frei- und Ausgleichsflächen. Da ist es den meist großen Konzernen auch zuzumuten, anstatt ihrer billigen Standardfilialen robuste mehrgeschossige Gebäude zu errichten, deren Obergeschosse für Büros oder Wohnungen genutzt werden können.
2.) Als Beispiel für die Notwendigkeit, auch einmal bestehende Bebauungspläne aus Gründen der Stadtentwicklung zu hinterfragen und weiterzuentwickeln, ist die jüngste Entwicklung in Teilen des Ortskerns Trudering. Hier findet seit 2012 auf wesentlichen Flächen des bestehenden B-Plans 913 eine eingeschossige Neubebauung entlang der Bahnlinie München-Rosenheim statt. Aus gesamtstädtischer und örtlicher Sicht bot sich

Die Grünen-rosa liste, Marienplatz 8, 80331 München, Tel. 089/233-92620, Fax 089/233-92 684
www.gruene-muenchen-stadtrat.de, gruene-rosaliste-fraktion@muenchen.de

bis vor Kurzem eine hervorragende Gelegenheit zur Ortsbildreparatur, Ansiedlung von Gewerbe- und Büronutzung bei gleichzeitig erhöhtem Baurecht und sinnvoller Lärmschutzbebauung.

Trotz intensiver und fraktionsübergreifender Bemühungen des örtlichen BA`s im Schulterschluss mit dem Projekt „Aktive Zentren Trudering“ und betroffenen Grundstückseigentümern gelang es 2012 nicht, den gültigen **B-Plan mit einer GFZ von 0,4** zeitgemäß weiter zu entwickeln. So entstanden bzw. entstehen in Kürze 4 ebenerdige Lebensmittelmärkte bzw. Discounter in unmittelbarer Nachbarschaft. Eine zukunftsfähige Entwicklung dieses Gebiets im Rahmen des städtebaulichen Entwicklungsprojekts „Aktives Zentrum Trudering“ wurde bzw. wird hier bis auf Weiteres vertan.

Dieser Antrag soll sensibilisieren, dass ähnlich gelagerte Fälle künftig konsequent zu Gunsten vieler Beteiligter und der Stadtreparatur genutzt werden.

Fraktion Die Grünen-rosa liste
Initiative:

Herbert Danner
Gülseren Demirel
Sabine Nallinger
Sabine Krieger,
Paul Bickelbacher
Jutta Koller

Mitglieder des Stadtrates